

Mehr Nachtlärm 2
Bl gegen das Luftkreuz warnt

Gegen Sozialdumping 3
Demonstration am 11. Februar

Wer ist hier die Privatisierungspartei?

CDU-Wahlkampfgetöse im Märkischen Viertel

Unter dem Titel „Wie geht es weiter mit dem Märkischen Viertel?“ lud der CDU-Abgeordnete Dietmann zu einer Diskussionsveranstaltung am 10. Januar ins Fontane-Haus. Das Interesse war immens, ungefähr 700 Mieter füllten den Großen Saal. Sie waren nicht nur unzufrieden mit ihrem Vermieter, sie haben auch Angst vor einem möglichen Verkauf der GeSoBau.

Diese Angst schürt Herr Dietmann seit Wochen. SPD und Linkspartei.PDS lehnen einen solchen Verkauf zwar ab, für Herrn Dietmann aber ist klar: Wer sagt „Niemand hat die Absicht ...“ verfolgt das Gegenteil. Der Vorwurf von Frau Brigitte Lange (SPD, MdA), an diesem Abend werde Wahlkampf auf dem Rücken der Bürger betrieben, lag nahe. Fragt sich doch, wer die Verschuldungs- und Privatisierungspolitik erfunden hat.

Immerhin wurde an diesem 10. Januar tatsächlich bekannt, daß ein Teilverkauf von Wohnungen im Märkischen Viertel (MV) beabsichtigt ist. Es war die Rede vom Quartier 905 am Rande des MV. Jetzt redet man auch noch von Quartier 910, zusammen ca. 2500 Wohnungen! Das sind immerhin 15 Prozent des Bestandes im MV.

Nur: Woher kommen diese Angaben? Und wie hat sich Bezirksbürgermeisterin Frau Wanjura, Mitglied im Aufsichtsrat der GeSoBau, dazu verhalten? Auch Peter Senftleben, SPD-Kreisvorsitzender in Reinickendorf, würde diese Frage gern beantwortet haben. Öffentlich erklärt Frau Wanjura, gegen einen Verkauf zu sein. Wer klärt diesen Widerspruch? Wofür wird sie sich als stellvertretende CDU-Landesvorsitzende aussprechen? Im Mieterinteresse

oder, auf Berliner CDU-Linie, für weitere Wohnungsverkäufe?

Klaus Rathmann, Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS Reinickendorf, Besucher der Veranstaltung, bekräftigt, daß sich seine Partei gegen weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums ausspricht. Das wurde in den kommunalpolitischen Leitlinien auf dem Dresdener Bundesparteitag beschlossen. Das ist Konsens innerhalb der Bundestagsfraktion. Und dafür steht auch die Linkspartei.PDS Reinickendorf.

Einen Sinn hätte die Versammlung wirklich haben können. Ganz offenkundig stimmt an der Unternehmensphilosophie der GeSoBau etwas nicht, und der Gesprächsfaden mit den Mietern und ihren Vertretern scheint gerissen. Ihn wieder zu knüpfen wäre vordringlich, um die unterstellten Verkaufsabsichten zu entkräften.

Aber das wäre wohl nicht so wahlkampftauglich gewesen. *L.D.*



Stopp der planlosen Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes

Der bau- und wohnungspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Michail Nelken erklärt: „Es ist zu begrüßen, dass sich nun auch bei der SPD-Fraktion die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass sich die Berliner kommunalen Wohnungsunternehmen in einer schweren Schieflage befinden, für deren Bewältigung es eines wohnungswirtschaftlichen Gesamtkonzepts bedarf.“

Die kurzsichtige Privatisierungspraxis der letzten Monate zur vermeintlichen Liquiditätssicherung gefährdet die Zukunft der Gesellschaften, da einerseits zukünftige Erträge verkauft werden und andererseits die Existenz der Gesellschaften betriebswirtschaftlich wie wohnungspolitisch zur Disposition gestellt wird.

Berlin braucht einen Bestand kommunaler Wohnungen von hinreichender Größe, qualitativer Struktur und territorialer Verteilung, der die Gemeinwesenenaufgabe des öffentlichen Wohnungssektors erfüllen kann.“

Nachts durchschlafen können

BI gegen das Luftkreuz: Immer mehr Nachtflüge

Die „Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz“ (BI) hat sich erneut an die Anwohnerinnen und Anwohner im Umfeld des Flughafens Tegel mit der Aufforderung gewandt, sich gegen den wachsenden nächtlichen Fluglärm und dessen Folgen zu wehren.

Die Linkspartei.PDS Reinickendorf begrüßt die Aktion. „Wir werden unsere Möglichkeiten gegenüber dem Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus nutzen, um die Initiative zu unterstützen“, erklärte Bezirksvorsitzender Klaus Rathmann.

Vom Nachtfluglärm sind im Norden Berlins ca. 390.000 Menschen betroffen. Es gibt keinen weiteren Flughafen in Deutschland (außer Tempelhof), der derart viele Menschen mit Spitzenpegeln von über 70 Dezibel belastet. Wie die BI nachweist, haben die Starts und Landungen auf dem Flughafen Tegel seit 1990 drastisch zugenommen. Von durchschnittlich 264 pro Tag im Jahr 1990 stieg die Zahl der täglichen

Flugbewegungen auf 378 im Jahr 2004. Noch schlimmer ist die Entwicklung der Flüge in der Nachtruhezeit zwischen 22 und 6 Uhr. So wurden im Januar und März 2005 im Durchschnitt pro Nacht jeweils 17 Starts und Landungen abgewickelt; im Februar waren es 21, im April 18 Lärmereignisse pro Nacht.

Die BI schlägt den Betroffenen vor, bei der Luftverkehrsbehörde zu beantragen, durch geeignete Maßnahmen (vorrangig Betriebsbeschränkungen, nachrangig Schallschutzfenster, Belüftung etc.) sicherzustellen, dass durch den dem Flughafen Tegel zuzurechnenden Fluglärm im Rauminnern der Schlafräume bei ausreichender Belüftung nicht mehr als sechs Lärmereignisse mit einem Überflugpegel von 60 dB(A) oder mehr in vier oder mehr Nächten des Jahres auftreten.

Es gibt einen Musterbrief an Frau Dr. Rausch, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Rungestraße 29, 10179 Berlin. **K.G.**

Gesamtkonzept angemahnt

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Reinickendorf stand in der BVV-Sitzung im Januar im Zentrum von Großen Anfragen von SPD und B90/Grüne. Bezirksbürgermeisterin Wanjura berichtete über zahlreiche Aktionen im Bezirk, so über die Aktion „Stolpersteine“. Auf diese spezielle Weise wurde an 40 „Euthanasie“-Opfer in den letzten drei Jahren erinnert; sechs weitere Stolper-

steine sollen 2006 folgen. „Die Straße wird zur Gedenkstätte, unsere Vergangenheit Teil unseres Alltags“, stellte die Bürgermeisterin in ihrem Geleitwort für eine Broschüre des Bezirksamtes fest.

Von den Fraktionen wurde das noch fehlende Gesamtkonzept des Gedenkens - Beschluss der BVV von 2002 - angemahnt. Gesundheits- und Sozialausschuss werden sich damit weiter befassen und die Öffentlichkeit einbeziehen. **Gl.**

WiR dokumentiert

§ 47 b der Geschäftsordnung der BVV (Einwohnerfragestunde)

1) Nach Eintritt in die Tagesordnung findet eine 30-minütige Einwohnerfragestunde statt. In dieser Fragestunde werden Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner an die BVV oder das Bezirksamt behandelt. Das Bezirksamt ist gemäß § 43 BezVG verpflichtet, in der Fragestunde Stellung zu nehmen. In jeder Einwohnerfragestunde darf nur eine Anregung oder Frage durch den gleichen Einwohner gestellt werden.

2) Fragen und Anregungen müs-

sen beim Büro der Bezirksverordnetenversammlung am Freitag vor der Einwohnerfragestunde bis spätestens 12.00 Uhr schriftlich eingehen.

3) Der/Die Vorsteher/Vorsteherin ruft die Fragen und Anregungen in der Reihenfolge des Eingangs einzeln auf. Nach der Stellungnahme durch Bezirksverordnete oder durch das Bezirksamt soll die Möglichkeit einer kurzen Nachfrage gegeben werden.

4) Bei Zeitüberschreitung werden die nicht behandelten Anfragen oder Anregungen durch das Bezirksamt oder die Bezirksverordnetenversammlung schriftlich beantwortet. Die Antwort wird durch das Büro der BVV übermittelt.

46. Sitzung, 11.1.2006

Unter Hinweis auf die vom Berliner Abgeordnetenhaus 2005 beschlossenen Veränderungen im Bezirksverwaltungsgesetz hat die BVV ihre **Geschäftsordnung** geändert. Abschnitt X regelt neue Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Einwohnerschaft, u.a. die 30-minütige **Einwohnerfragestunde** zu Beginn jeder Sitzung (§ 47b - Wortlaut nebenstehend), die **Einwohnergemeinschaft** (§ 47c) und den **Einwohnerantrag** (§ 47d). Dem einstimmig angenommenen Beschluss lag ein von der PDS initiiertes, von der Einzelverordneten Renate Herranen eingebrachter und von allen Fraktionen übernommener Antrag zugrunde (Drs.-Nr.:1200/XVII).

Die Große Anfrage (GA) der CDU „Reinickendorf ist aktiv - **Ehrenamt im Bezirk**“ (Drs.-Nr.: 1330/XVII) gab Bezirksbürgermeisterin Wanjura Gelegenheit zu einer eindrucksvollen Bilanz der 10-jährigen Arbeit des Ehrenamtsbüros im Bezirk. Danach sichern neun Koordinatoren, 80 ständige Mitwirkende gemeinsam mit Vereinen und Verbänden jährlich bis zu 180 Angebote an Arme und Hilfsbedürftige im Bezirk. Die gesellschaftlichen Ursachen von Armut und Hilfsbedürftigkeit blieben wie immer ungenannt.

45. Sitzung, 7.12.2005

Vor dem Sitzungssaal demonstrierten - vom RBB gefilmt - ca. 25 **Hermesdorfer** für den **Erhalt ihrer Bibliothek**, die lt. BA- und BVV-Beschluss aus Haushaltsgründen geschlossen werden soll. Mündliche Anfragen (MA) der Einzelverordneten R. Herranen und von T. Hauschild (B90) zu den Folgen dieser Entscheidung fielen der „konsequenten Anwendung“ der Geschäftsordnung (GO) durch BVV-Vorsteher Betcke (CDU) zum Opfer. Die Antwort soll gemäß GO nun schriftlich erfolgen.

Zwei MA und eine GA der CDU befassten sich mit Schulversäumnissen bzw. mit der **Fürsorge für Kinder im Bezirk Reinickendorf** (Drs.-Nr. 1300/XVII). Schulstadtrat Ewers (CDU) und Jugendstadtrat Senftleben (SPD) sprachen sich für den Vorrang von pädagogischen Bemühungen und Prävention bei „stärkerer Vernetzung der zuständigen Ämter“ in der Kinder- und Familienhilfe im Bezirk aus. Anträge der CDU und von B90/Grüne zur weiteren Diskussion wurden an den Jugendhilfeausschuss überwiesen. **K.G.**

Weitere Informationen: Kontakt Johannes Hauenstein, Sprecher der BI Tel.: 413 83 07 oder 0172/ 32 64 283 Fax.: 413 84 78 E-Mail: Blgegendas Luftkreuz@T-Online.de.



Ausführliche Informationen zur BVV und zu kommunalen Themen s. www.pds-reinickendorf.de

Ein Generalangriff auf fast alle öffentlichen Dienstleistungen

Sahra Wagenknecht im WIR-Interview: Europäische Linke bleibt bei ihrem Nein / Schnelles und energisches Handeln notwendig

Was ist die Bolkestein-Richtlinie?

70 Prozent der deutschen Gesetze, die im Bundestag entstehen, hatten in der EU in Brüssel ihren Ursprung. So wie auch die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 europäisch eingebettet sind.

Im Januar 2004 wurde ein Entwurf zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie vom ehemaligen EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein eingereicht, nach dem die Richtlinie benannt wurde.

Unter den Begriff „Dienstleistungen“ fallen alle Freien Berufe wie Wirtschaftsprüfer oder Architekten, aber auch Angebote der öffentlichen Dienste und von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Bolkestein-Richtlinie sieht massivste Deregulierungen vor: Staatliche Auflagen und nationale Rechtsformen sollen zugunsten des „Herkunftslandprinzips“ systematisch reduziert und unterlaufen werden.

Sollte diese Richtlinie in Kraft treten, könnte jedes Unternehmen durch die Verlagerung seines Firmensitzes oder der Gründung von Briefkastenfirmen im EU-Ausland sich lästiger inländischer Auflagen entledigen. Örtliche Tarifverträge, Qualitätsnormen, Standards bei Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz können so einfach umgangen werden.

Auch Bildung definiert die EU-Kommission als handelbare Dienstleistung. Betroffen sind Betreiber von Kitas, Hochschulen oder Berufsbildungsangeboten. Nationale Qualitätskriterien werden dabei außer Kraft gesetzt und der ökonomischen Logik geopfert. Gemeinnützige Träger sollen z.B. nicht mehr durch staatliche Zuschüsse bevorzugt werden.

Qualitätsstandards, Löhne und Sicherheit werden fallen - und die Firmengewinne steigen.

Das ist auch so gewollt. G.K.

Am 14. Februar soll in Strasbourg eine EU-Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet werden, bekannt unter dem Namen Bolkestein-Richtlinie. Welche praktischen Auswirkungen hätte sie für die ArbeitnehmerInnen?

Der Richtlinienentwurf sieht weitere Liberalisierung und Deregulierung vor. Es soll zukünftig das so genannte Herkunftslandprinzip gelten. Demnach unterliegt der Dienstleistungserbringer einzig den Rechtsvorschriften des Landes, in dem er niedergelassen ist. In jedem Mitgliedsstaat würden damit künftig 25 unterschiedliche Rechtssysteme nebeneinander bestehen und miteinander konkurrieren. Die Konzerne könnten ihren Briefkasten dahin verlagern, wo sie die geringsten Auflagen zu erfüllen haben und die Löhne am niedrigsten sind. Es würde ein Wettkampf um die schlechtesten Arbeitsbedingungen und Standards entbrennen. Viele Handwerksbetriebe und unzählige Arbeitsplätze im gesamten Dienstleistungssektor wären gefährdet oder könnten nur noch zu katastrophalen Bedingungen erhalten bleiben.

Welche Möglichkeiten des Widerstandes gibt es?

Alle europäischen Linksparteien in den 25 Ländern rufen auf, schnell und energisch dagegen zu handeln. Die europäische Linke im Parlament



bleibt bei ihrem Nein. Wir fordern die Menschen in Deutschland und Europa auf: Informieren Sie sich! Üben Sie Druck auf die PolitikerInnen aus, schreiben Sie Ihnen und fordern Sie sie auf, bei den bevorstehenden Abstimmungen im Parlament gegen die Richtlinie zu stimmen.

Unterstützen Sie die Protestdemonstration von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen am 11. Februar in Berlin.

Das Interview führte Linda K.

Sahra Wagenknecht wurde 2004 für die PDS in das Europaparlament gewählt

www.sahra-wagenknecht.de
www.pds-europa.de
www.attac.de
www.stopbolkestein.org

DGB: Gegen Sozialdumping

Der DGB wird gemeinsam mit dem europäischen Gewerkschaftsbund am 14. Februar in Strasbourg gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie demonstrieren und ruft seine Mitglieder auf, sich an der Demonstration am 11. Februar in Berlin zu beteiligen. In seinem Aufruf heißt es:

EU-Parlamentarier und Regierung fordern wir auf, diese Richtlinie zu verhindern. Sie müssen sich entscheiden
- für oder gegen Sozialdumping

- für oder gegen ungleiche Wettbewerbsbedingungen und unkontrollierbare Zustände auf den nationalen Dienstleistungsmärkten
- für oder gegen die Aushöhlung des Arbeitsrechts
- für oder gegen die Liberalisierung der Daseinsvorsorge
- für oder gegen die Entrechtung von Leiharbeitnehmern und Leiharbeiterinnen
- für oder gegen ein soziales Europa.

Demonstration am 11. Februar

11.30 Uhr
Auftaktkundgebung am Bundeswirtschaftsministerium am Invalidenpark
12.00 Uhr
Demonstration vom Bundeswirtschaftsministerium zum Schloßplatz/Mitte
13.00 Uhr
Kundgebung auf dem Schloßplatz

Ohne Kultur gehen wir kaputt

Zu Gast im Roten Laden: Dr. Luc Jochimsen

Als Journalistin, zuletzt als Fernseh-Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, kannten sie viele. Sie schrieb Bücher, erhielt Preise. Als ihr die Hedwig-Dohm-Urkunde 2000 überreicht wurde, hieß es in der Begründung der Jury: „Mit ihrer vielseitigen Erfahrung und durch ihre Professionalität hat Luc Jochimsen zum Niveau des öffentlich-rechtlichen Fernsehens beigetragen und in ihrer herausragenden Stellung ein Vorbild für Frauen im Journalismus geschaffen.“

Sie galt als Exotin, weil sie immer mehr Fragen stellte, als sie Antworten wußte und geben konnte. Und weil sie sich einmischte, wo es gegen Unrecht, Krieg, Intoleranz und Heuchelei ging. 40 Jahre lang beschrieb, analysierte und kommentierte sie Politik. Als sie ihre Rente in ihrem Häuschen in Venedig hätte genießen können, wechselte sie die Seite. Nun ist sie im Deut-

schen Bundestag, probiert und engagiert sich selbst in der Politik. Warum gerade PDS? „Demokratischer Sozialist zu sein, das trifft eigentlich sehr gut auf mich zu“, bekennt Luc Jochimsen. Als kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion verteidigt sie die Kultur gegen Sparzwänge aller Art, kämpft gegen „italienische Verhältnisse“ auf dem deutschen Medienmarkt, wendet sich gegen Geschichtsklitterung in der Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik der großen Koalition, geißelt die Verwahrlosung der parlamentarischen Sitten. Im Bundestag hält sie wohlklingenden Wörtern von Bundeskanzlerin Merkel zum „Kulturstaat Deutschland“ die bittere Kulturwirklichkeit entgegen: „Ohne Kultur gehen wir kaputt!“ Sie sagt, was sie denkt. Man glaubt ihr, denn dahinter steht Wahrfähigkeit.

Über ihre Eindrücke von den ersten 100 Tagen im Bundestag, dazu in einer an- und aufregenden Fraktion spricht Dr. Luc Jochimsen in der Reihe „Tegeler Dialoge zur Demokratie“ der „Hellen Panke“.

Dr. Klaus Gloede

Am Rande

Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem niemand Angst haben muss, ganz gleich, wie er aussieht, ganz gleich, wo er herkommt, ganz gleich, was er glaubt, ganz gleich, wie stark oder wie schwach er ist.

Johannes Rau

Völlig logisch

Nur wenn unser Land stark und unsere Wirtschaft konkurrenzfähig ist, können wir all denjenigen, die unsere Hilfe brauchen, auch Hilfe geben, sagte unsere Kanzlerin in ihrer Neujahrs-Annonce. Na, dann fangen wir mal gleich an, denn konkurrenzfähig kann unsere Wirtschaft mit zwei Drittel Exportanteil gar nicht sein - ein reines Zuschussgeschäft. Erstens müssen wir gemeinsam tüchtig Arbeitskräfte in Hartz IV überführen, wegen der Entlassungsproduktivität, die die Börse so schätzt. Zweitens wollen wir uns mal bitte die hohen Löhne abschnürken, woanders geht es ja auch anders. Drittens müssen wir gemeinsam die Wirtschaft von Sozialklimbim befreien, sprich den Lohnnebenkosten. Viertens müssen wir die Unternehmen und die Gewinne von Steuern entlasten. Dann sind wir richtig konkurrenzfähig - und wir haben auch ausreichend Leute, die Hilfe brauchen. Völlig logisch.

H.S.

Persönlicher Vorsatz

Ihr ganz persönlicher Wunsch für 2006 sei es, erklärte Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura, ihrem Mann und ihrer Familie mehr Zeit und Aufmerksamkeit schenken zu können. Bei den Wahlen im September müsste da was zu machen sein.

Ein Wunder reicht

Zum Jahreswechsel bot CDU-Landesvorsitzender Schmitt eine Wette an: Erstens, Deutschland wird Fußball-Weltmeister, zweitens, die CDU stellt den Regierenden Bürgermeister von Berlin. Das Fußballwunder hätte immerhin sein Schönes: die einen freuen sich darüber und den anderen tut es lediglich zwei Wochen lang weh.

Sr.

Termine

„Politik und Kultur. Kulturpolitik, politische Kultur - und die Abrissbirne“

mit Dr. Luc Jochimsen (MdB), am Mittwoch, 8. Februar, 19.00 Uhr, „Roter Laden“, Schloßstr. 22, Eintritt: 1,50 Euro. Eine Veranstaltung von „Helle Panke e. V.“



mentierte sie Politik. Als sie ihre Rente in ihrem Häuschen in Venedig hätte genießen können, wechselte sie die Seite. Nun ist sie im Deut-

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, Vi.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Neuer Bezirksvorstand

Am 26. Januar wählte die Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS einen neuen Bezirksvorstand. Zuvor wurde der alte Bezirksvorstand entlastet, der Bezirksvorsitzende Klaus Rathmann dankte seinen Mitstreitern für ihre Arbeit in den letzten beiden Jahren. Auch der neue Bezirksvorstand hat anspruchsvolle Aufgaben vor sich: Die Wahlen im Herbst 2006, aus denen

die Linkspartei.PDS Reinickendorf gestärkt hervorgehen will, und die geplante Fusion mit der WASG fallen in diese Amtszeit. Dem neuen Vorstand gehören sieben Mitglieder an. Der neue Vorsitzende ist der alte. Neben Klaus Rathmann gehören dem Vorstand Klaus Gloede, als stv. Vorsitzender, sowie Gerlinde Kenkel, Yusuf Dogan, Michael Rohr, Jürgen Schimrock und Olaf Schwabe an.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei-berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de